



Demonstration gegen die Lebensschützer am 19. September 2015

Sei dabei!

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der Menschen selbstbestimmt und frei entscheiden können wie sie leben und wen sie lieben wollen.

Deshalb tritt DIE LINKE gemeinsam mit vielen Organisationen und Verbänden den radikalen Abtreibungsgegnerinnen und -gegnern, christlichen Fundamentalistinnen und Fundamentalisten sowie Antifeministinnen und Antifeministen, die den sogenannten »Marsch für das Leben« organisieren, entschlossen entgegen.

Sei am 19. September 2015 in Berlin dabei und streite mit uns für das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper.

11:30 Uhr Auftaktkundgebung am Brandenburger Tor, anschließend Demonstration.

13:30 Uhr Abschlusskundgebung am Gendarmenmarkt.

Eine geschlechtergerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen im Beruf, in der Politik, der Bildung und in den Medien eine gleichberechtigte Teilhabe sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt.

Benachteiligungen, wie der anhaltende Lohnunterschied von mehr als 20 Prozent, der geringe Anteil von Frauen in Entscheidungspositionen und Sexismus müssen überwunden werden. Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigene Reproduktion ist zu garantieren.

DIE LINKE steht für emanzipatorische Familienpolitik. Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, egal, in welcher Gemeinschaftsform sie leben. Familienpolitik muss allen Menschen ein gutes, planbares Leben ohne Zukunftsangst ermöglichen. Dafür müssen öffentliche Infrastruktur und soziale Sicherheit wirksam ausgebaut werden.

Gleichstellung allein reicht uns nicht. Geschlechtergerechte Politik ist Gesellschaftspolitik und betrifft die Gleichstellung von Frauen, Männern, Transgendern und Intersexuellen, ohne dass ein Geschlecht oder eine Lebensweise als Norm gesetzt wird. Deshalb setzen wir uns für eine offene und gleichberechtigte Gesellschaft ein.



Demonstration gegen die Lebensschützer am 19. September 2015

Sei dabei!

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der Menschen selbstbestimmt und frei entscheiden können wie sie leben und wen sie lieben wollen.

Deshalb tritt DIE LINKE gemeinsam mit vielen Organisationen und Verbänden den radikalen Abtreibungsgegnerinnen und -gegnern, christlichen Fundamentalistinnen und Fundamentalisten sowie Antifeministinnen und Antifeministen, die den sogenannten »Marsch für das Leben« organisieren, entschlossen entgegen.

Sei am 19. September 2015 in Berlin dabei und streite mit uns für das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper.

11:30 Uhr Auftaktkundgebung am Brandenburger Tor, anschließend Demonstration.

13:30 Uhr Abschlusskundgebung am Gendarmenmarkt.

Eine geschlechtergerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen im Beruf, in der Politik, der Bildung und in den Medien eine gleichberechtigte Teilhabe sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt.

Benachteiligungen, wie der anhaltende Lohnunterschied von mehr als 20 Prozent, der geringe Anteil von Frauen in Entscheidungspositionen und Sexismus müssen überwunden werden. Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigene Reproduktion ist zu garantieren.

DIE LINKE steht für emanzipatorische Familienpolitik. Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, egal, in welcher Gemeinschaftsform sie leben. Familienpolitik muss allen Menschen ein gutes, planbares Leben ohne Zukunftsangst ermöglichen. Dafür müssen öffentliche Infrastruktur und soziale Sicherheit wirksam ausgebaut werden.

Gleichstellung allein reicht uns nicht. Geschlechtergerechte Politik ist Gesellschaftspolitik und betrifft die Gleichstellung von Frauen, Männern, Transgendern und Intersexuellen, ohne dass ein Geschlecht oder eine Lebensweise als Norm gesetzt wird. Deshalb setzen wir uns für eine offene und gleichberechtigte Gesellschaft ein.

Frauen: Gleichberechtigt und selbstbestimmt!

DIE LINKE fordert daher:

- einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro
- gleiche Entlohnung für gleiche und gleichwertige Arbeit
- eine 50-Prozent-Quote für den öffentlichen Dienst
- ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft
- bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für professionelle Sorgearbeit und personenbezogene Dienstleistungen (Kinderbetreuung, Pflege)
- Elterngeld für alle Eltern ohne Anrechnung auf Transferleistungen wie Hartz IV
- verbindliche Maßnahmen für Migrantinnen und Frauen und Mädchen mit Behinderung, um Mehrfachdiskriminierung aufzuheben
- Streichung der §§ 218, 219 StGB
- der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer schwangerschafts- und erziehungsbedingten Pause muss durch kostenfreie Weiterbildungsangebote erleichtert werden, vor allem für Alleinerziehende muss es mehr Unterstützung geben
- einen flexiblen Elterngeldanspruch von 12 Monaten pro Elternteil (bzw. 24 Monate für Alleinerziehende)

- Schutz- und Hilfseinrichtungen sollen einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich finanziert sowie barrierefrei werden
- wirksamen Schutz vor Gewalt gegen Frauen

Ich möchte weitere Informationen:

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
 Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99, Fax: 030/24 00 95 41
partei.vorstand@die-linke.de
www.die-linke.de V.i.S.d.P. Matthias Höhn

Frauen: Gleichberechtigt und selbstbestimmt!

DIE LINKE fordert daher:

- einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro
- gleiche Entlohnung für gleiche und gleichwertige Arbeit
- eine 50-Prozent-Quote für den öffentlichen Dienst
- ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft
- bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für professionelle Sorgearbeit und personenbezogene Dienstleistungen (Kinderbetreuung, Pflege)
- Elterngeld für alle Eltern ohne Anrechnung auf Transferleistungen wie Hartz IV
- verbindliche Maßnahmen für Migrantinnen und Frauen und Mädchen mit Behinderung, um Mehrfachdiskriminierung aufzuheben
- Streichung der §§ 218, 219 StGB
- der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer schwangerschafts- und erziehungsbedingten Pause muss durch kostenfreie Weiterbildungsangebote erleichtert werden, vor allem für Alleinerziehende muss es mehr Unterstützung geben
- einen flexiblen Elterngeldanspruch von 12 Monaten pro Elternteil (bzw. 24 Monate für Alleinerziehende)

- Schutz- und Hilfseinrichtungen sollen einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich finanziert sowie barrierefrei werden
- wirksamen Schutz vor Gewalt gegen Frauen

Ich möchte weitere Informationen:

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
 Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99, Fax: 030/24 00 95 41
partei.vorstand@die-linke.de
www.die-linke.de V.i.S.d.P. Matthias Höhn